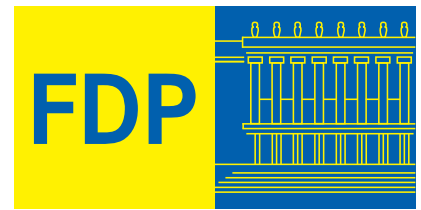


Blaue Seiten



RATSFRAKTION WUPPERTAL

AUSGABE JUNI 2011

ökologisch vs. ökonomisch!?

FDP-Fraktion fordert die Ausweisung der Kleinen Höhe als Gewerbegebiet

Energiewende in Wuppertal

Die Vernunft beim Ausstieg aus der Kernkraft muss für die FDP oberste Priorität haben

Kinderlärm ist Zukunftsmusik!

Schon vor vielen Jahren forderten die JuLis das, was heute endlich Gesetz ist.

Inhalt / Impressum

Vorwort,
FDP fordert konsequentes Vorgehen gegen
Vandalismus und Verschmutzung 3

Energiewende in Wuppertal 4

ökologisch vs. ökonomisch!? 5
Kleine Höhe muss Gewerbegebiet werden!

Inklusion auch in den städtischen KiTas,
CDU und SPD kürzen bei den Kinder- und
Jugendeinrichtungen in Vohwinkel 6

Taubenproblem in Wuppertal bald
Vergangenheit?,
Elektromobilität - FDP als Schrittmacher 7

Wer hat an der Uhr gedreht? 8

34 x Ströer = 0 Politik 9

FDP steht an der Seite der Kommunen
Marcel Hafke aus dem Landtag NRW 10

In Wuppertal ist alles anders
- auch in Gesundheitsfragen 11

Können die Bürger mit Geld umgehen? 12

Kinderlärm ist Zukunftsmusik,
Werden unsere KiTas auf Giftstoffe
untersucht? 13

Termine 14

Herausgeber:

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal,
Rathaus Barmen

Johannes-Rau-Platz 1

42275 Wuppertal

Tel.: 0202 / 563 6272

Fax: 0202 / 563 85

E-Mail: fraktion@fdp-wuppertal.de

www.fdp-wuppertal.de

Die Geschäftsstelle ist wie folgt besetzt:

Mo - Do: 9.30 Uhr bis 16.30 Uhr

Fr: 9.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Konzept / Layout:

Tobias Wierzba, Geschäftsführer der FDP-
Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Bearbeitung:

Tobias Wierzba (V.i.S.d.P.), Karin van der Most,
Jörn Suika, Oliver Steidle, Tina Pannes

Bildmaterial:

soweit nicht anders gekennzeichnet:

Tobias Wierzba, © FDP-Fraktion im Rat der
Stadt Wuppertal;

Manfred Todtenhausen, Seite 7; Thomas
Uebrick, Seite 7; Marcel Hafke, Seite 10; FDP
Bundesverband, Seite 13

Auf ein Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

auch wenn es in den Wuppertaler Medien leider nicht vermittelt wird: die letzte Ratssitzung war die Sitzung in der aktuellen Legislaturperiode, mit der intensivsten Diskussion und Debatte verschiedenster Themen.



Viereinhalb Stunden wurden Themen wie Bürgerbeteiligung bei den Haushaltsberatungen, Finanztransaktionssteuer, Windkraft auf der Kleinen Höhe, die Rolle der WSW bei der Energiewende, Jugendarbeit in Vohwinkel, zukünftige

Gewerbeflächenentwicklung und Förderschulentwicklungsplanung diskutiert. Selbst als eine Stunde vor Ende der Sitzung sowohl die Presse als auch der letzte Zuschauer gegangen waren, wurde lebhaft weiter diskutiert.

Das Problem ist: Da Stadtspitze und Vertreter der Großen Koalition ständig in der Öffentlichkeit behaupten, der Rat hätte nichts mehr zu entscheiden, interessiert sich auch niemand mehr für den Rat – so entmachtet man sich in dieser Stadt selber! In dieser Ausgabe der Blauen Seiten finden Sie wieder Berichte über die Themen der Ratssitzung, so dass Sie zumindest über die Positionierung der FDP informiert sind.

Deutlich größeres Medieninteresse hat in den letzten Wochen der Streit in der CDU-Fraktion erhalten. Neun Mitglieder der CDU-Fraktion, darunter die erste Bürgermeisterin sowie die beiden stellv. Fraktionsvorsitzenden, haben die Fraktion verlassen und die Gründung einer eigenen Fraktion angekündigt. Alle Neun sind aber noch Mitglieder des CDU-Kreisverbandes – sechs sogar als Kreisvorstandsmitglieder – und sie haben angekündigt, die Politik der CDU, die Große Koalition und den Oberbürgermeister unterstützen zu wollen.

Menschlich können wir den Austritt dieser Neun – auch aus der eigenen Erfahrung in den letzten Jahren – durchaus verstehen und wir wissen, wie schwierig ein solcher Schritt ist. So lange aber das erste Ziel der Ausgetretenen ist, in die CDU-Fraktion zurück zu kehren, können wir sie nicht als eigenständige Fraktion ansehen. Wir sind daher sehr gespannt, wie das Schlichtungsverfahren und als Ergebnis der CDU-Parteitag am 13. Juli verlaufen. Sollte es bei der Spaltung bleiben und die Christlich Demokratischen Bürger anfangen, eine eigenständige, bürgerliche Politik zu betreiben wird die Ratsarbeit sicherlich deutlich spannender als bisher. Denn dann hätte die Große Koalition im Rat nur noch eine sehr knappe Mehrheit. Wenn es dann auf jede einzelne Stimme ankommt, wird nicht zwangsläufig jeder Verwaltungsvorschlag auch beschlossen – und dann hat der Stadtrat hoffentlich doch bald wieder etwas zu entscheiden und zuzugestimmt!

Jörg Suika,
Vorsitzender der
FDP-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal

Mit herzlichen Grüßen

FDP FORDERT KONSEQUENTES VORGEHEN GEGEN VANDALISMUS UND VERSCHMUTZUNG

Bei schönem Wetter werden die öffentlichen Parkanlagen regelmäßig durch Vandalismus und Müll zerstört. Die Hardt-Anlagen und der Nordpark sind davon besonders stark betroffen. Massive Appelle und das Aufstellen von Müllbehältern haben in der Vergangenheit nicht dazu geführt, dass die Beschädigungen und Verschmutzungen abnehmen.

Die FDP-Fraktion fordert daher verstärkte nächtliche Überprüfungen

der öffentlichen Parkanlagen durch den kommunalen Ordnungsdienst in Zusammenarbeit mit der Polizei und ein konsequentes Vorgehen gegen die Täter.

„Das Ausmaß der Verwüstung ist teilweise erheblich und erfüllt zum Teil sogar Straftatbestände“, so Manfred Todtenhausen, Vorsitzender der Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit. „Zum Schutz unserer Grünanlagen muss die Stadt vor allem konsequent

gegen die Täter vorgehen und alle Sanktionsmöglichkeiten nutzen.“

Ein zerstörter Zaun in den Barmer Anlagen



Energiewende in Wuppertal

Die vergangene Ratssitzung ist - wie nach der Naturkatastrophe in Japan zu erwarten war - von den Grünen und der Linkspartei dazu genutzt worden, auch im Rat eine ausführliche Debatte über die Nutzung der Kernkraft zu führen.

Obwohl der Strom bei den Wuppertaler Stadtwerken nur zu 7% aus Kernkraftwerken stammt (der Bundesdurchschnitt liegt bei rund 25%), haben sich Grüne und Linke darin überbieten wollen, wie man diesen Anteil am schnellsten auf Null bringen kann.

Während die Linken ursprünglich gefordert haben, die Netze der Stadtwerke (rechtswidrig) für Atomstrom zu sperren, trauten die Grünen ihrer eigenen Programmatik wohl nicht so recht: Obwohl der Grüne Bundestagsabgeordnete Hermann Ott öffentlich gefordert hat, die Wuppertaler Stadtwerke sollten aus ihrer strategischen Partnerschaft mit GDF Suez aussteigen, wollte die Ratsfraktion nur mit GDF Suez über deren Ausstieg aus der Kernkraft sprechen.

Während die Grüne Ratsfraktion einerseits von den WSW fordern,

sich stärker in Ausbau erneuerbarer Energien einzubringen und die Bürgern bei der Energieeinsparung zu helfen, wird vom Grünen Kreisverband dazu aufgefordert, den WSW den Rücken zu kehren und zu Ökostrom-Spezialanbietern zu wechseln. So werden nach Ansicht der Liberalen die Stadtwerke jedoch nur geschwächt und der Ausbau der erneuerbaren Energien in unserer Region behindert.

Für die FDP-Ratsfraktion hat der Fraktionsvorsitzende Jörn Suika deutlich gemacht, dass die Liberalen die Forderung nach einem mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie teilt und einen Ausbau der erneuerbaren Energien wolle.

Nach dem japanischen Reaktorunglück sei der Plan der Bundesregierung, durch die Gewinne aus der Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke den Ausbau der erneuerbaren Energien zu fördern, nicht mehr haltbar. Jetzt müssen neue Wege und Finanzierungsquellen gesucht werden.

Dies müsse aber in einem realistischen, realisierbaren und finanzierbaren Umsetzungskonzept geschehen, was Grüne und Linke

nicht einmal im Ansatz erkennen lassen.

Zur Ehrlichkeit gehöre es auch, dass bei einem Verzicht auf Kernenergie vorübergehend ein höherer Anteil an fossilen Brennstoffen benötigt würde, um die Stromversorgung bezahlbar halten zu können. Eine Erneuerung alter Braun- und Steinkohlekraftwerke kann dabei die CO2-Belastung reduzieren; den Kraftwerksbetreibern muss aber dann auch die nötige Zeit gegeben werden, die Investitionen refinanzieren zu können.

Die FDP-Ratsfraktion hat sich gemeinsam mit CDU und SPD dafür ausgesprochen, die Bemühungen zum Ausbau erneuerbarer Energien und einer höheren Energieeffizienz bei den Verbrauchern zu steigern.

Für die FDP war es dabei jedoch besonders wichtig, dass diese Anstrengungen gemeinsam mit dem Wuppertaler Handwerk durchgeführt werden.

Der zusätzliche Zeitdruck dürfe nicht dazu führen, dass ein Konkurrenzsystem zu den mittelständischen Betrieben aufgebaut würde. Dieser Forderung konnten sich dann auch CDU und SPD anschließen.

Der Strom der Wuppertaler Stadtwerke stammt nur zu 7 % aus Kernkraft. Der Bundesdurchschnitt liegt bei rund 25 %. Die Grüne Initiative ist daher mehr als Show zu verstehen, denn als redliche Politik.

0118 W

WSW

Leistung der Photovoltaikanlage



ökologisch vs. ökonomisch!?

Kleine Höhe muss Gewerbegebiet werden!

Die FDP-Fraktion kritisiert den neuesten Versuch der CDU und SPD, die Kleine Höhe als Gewerbefläche aufzugeben und stattdessen als Windkraftkonzentrationsfläche vorzuschlagen.

Alexander Schmidt, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion: „Dieser Vorschlag widerspricht dem Ziel, Wuppertal in Zukunft wieder handlungsfähig zu machen.

Der Vorschlag“, so Schmidt weiter, „ist auch deshalb falsch, weil die Stadt für die Erschließung der Kleinen Höhe als Gewerbegebiet gerade die Möglichkeit der Finanzierung mit Zuschüssen prüft. Sollte dies gelingen, dann möchten wir diese Fläche nicht unnötig als Gewerbefläche für Wuppertal aufgeben.

Außerdem läuft gerade eine Potentialstudie der Landesregierung zur Eignung von Flächen für Windkraftanlagen. Erst danach wissen wir, welche Flächen für Windkraft besonders geeignet sind und welche weniger.“

Dass die Grünen zwar den Vorschlag einer Windparkanlage auf der Kleinen Höhe begrüßen, gleichzeitig aber die frühzeitige Beteiligung der Anwohner fordern, ist unehrlich.

Das grüne Ziel der 100 Prozent erneuerbare Energie Region Berg-

isches Land bedeutet“, so Schmidt, „dass jede rechtlich zulässige Fläche genutzt werden muss, egal ob es den Anwohnern passt oder nicht.“

Die Anwohner der Kleinen Höhe haben bisher jegliche Entwicklung der Fläche, sei es als Gewerbefläche oder als Wohnbaufläche abgelehnt. Wieso sollten sie einem Windpark zustimmen, für den nach dem Willen des grünen Landesumweltministers geringere Abstandsvorschriften gelten sollen, als für ein Gewerbegebiet“, fragt Schmidt.

Dass die Grünen zwar den Vorschlag einer Windparkanlage begrüßen, gleichzeitig aber die frühzeitige Beteiligung der Anwohner fordern, ist unehrlich.

STÄDT. TAGESEINRICHTUNG FÜR KINDER

INKLUSION AUCH IN DEN STÄDTISCHEN KITAS

Die FDP vermisst den politischen Willen zur Umsetzung der Inklusion auch in den städtischen Kindertageseinrichtungen.

Mit der Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat der Umbau unseres Bildungssystems hin zu einem inklusiven Bildungssystem, in dem das gemeinsame Leben und Lernen von Menschen mit und ohne Behinderungen zur Normalform etabliert werden soll, begonnen. „Inklusion beginnt aber nicht erst mit der Schule, sondern muss bereits in den Kindertageseinrichtungen gelebt werden,“

fordert Susanne Wywiol, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion. „Hier vermissen wir den politischen Willen zur Umsetzung der Inklusion in den städtischen Einrichtungen“, kritisiert Wywiol. Die Stadt hält keine Plätze für Kinder mit Behinderungen vor. Einzig die freien Träger bieten integrative Plätze an. Unser Antrag, auch in den städtischen Kitas integrative Plätze einzurichten, fand keine Zustimmung. Hier ist die politische Diskus-

sion unehrlich, wenn einerseits Inklusion gefordert, bei den städtischen Einrichtungen jedoch ein Rückzieher gemacht wird. Dabei verlangt die Un-Konvention, dass Inklusion auf allen gesellschaftlichen Ebenen etabliert wird. Die Frage der Trägerschaft darf keine Rolle dabei spielen, ob und wo Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam leben, spielen und lernen dürfen. Eine entsprechende Anfrage ist eingebracht. Man darf auf die Antworten gespannt sein.

CDU UND SPD KÜRZEN BEI DEN KINDER- UND JUGENDEINRICHTUNGEN IN VOHWINKEL

Da momentan gerade in Vohwinkel rechtsradikale und radikale islamistische Gruppen versuchen, verstärkt Einfluss auf Jugendliche zu nehmen, darf es hier nach Ansicht der FDP keine Kürzungen geben.

Die FDP-Fraktion hat sich in der Bezirksvertretung Vohwinkel und im Stadtrat vehement gegen die Stellenkürzungen in den Vohwinkler Kinder- und Jugendeinrichtungen ausgesprochen und einen entsprechenden Antrag im Rat am 23.05.11 eingebracht.

Die Ratsmehrheit wollte dem Antrag jedoch nicht folgen. So sind die Kürzungen von 1,6 pädagogischen Stellen in den Einrichtungen Höhe, Mitte, Jubs und Tesche mit den

Stimmen von CDU, SPD und WfW beschlossen worden.

Eva Schroeder, Stadtverordnete aus Vohwinkel: „Dies bedauern wir sehr, da für uns diese Kürzung in der jetzigen Situation völlig unverständlich ist.“

Da momentan gerade in Vohwinkel rechtsradikale und radikale, islamische Gruppen verstärkt aktiv sind und versuchen, Einfluss auf die Jugendlichen zu gewinnen, müsste die präventive Arbeit hier eigentlich verstärkt werden, um der Szene

entgegen zu treten. Die geplante Stellenkürzung unterschätzt unseres Erachtens diese aktuelle Entwicklung.“

Der FDP-Antrag ist in der Bezirksvertretung von allen Fraktionen einstimmig unterstützt worden. „Leider haben sich die Stadtteilpolitiker von CDU und SPD weder bei ihren Ratsfraktionen, noch bei ihren eigenen Vohwinkler Stadtverordneten damit durchsetzen können,“ so Schroeder.



Taubenproblem in Wuppertal bald Vergangenheit?

Auf Initiative der FDP-Fraktion und dank vieler Gespräche auf dem kleinen Dienstweg ohne medienwirksame Schlagzeilen sind nun zwei weitere Taubenhäuser in Oberbarmen und in Elberfeld in Planung.

Nach dem Barmer Vorbild des Taubenturmes, wird es bald auch an anderen Stellen in Wuppertal eine tierschutzgerechte Reduzierung der Tauben geben. Dafür hat die FDP lange gekämpft. Besonders zwei Problempunkte werden kurzfristig in Angriff genommen.

So werden bald im Bereich des Berliner Platzes und am Elberfelder Neumarkt Taubenschlägen eingerichtet.

An diesen Standorten werden die Tiere an die Taubenschläge gewöhnt.

Da hier auch Brutgelegenheiten vorhanden sind, werden sich die Vögel schnell einnisten. Dadurch bietet sich den ehrenamtlich tätigen Tierfreunden die Gelegenheit, die Taubeneier durch Attrappen auszutauschen.

Auf diese Weise erhoffen sich alle Beteiligten mittelfristig eine erhebliche Reduzierung der Taubenzahl.

„Auch wenn es sehr lange gedauert hat“ so der Ordnungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion Manfred Todtenhausen, „sind wir sehr froh, dass wir jetzt wieder ein Schritt

weiter sind. Ziel war und bleibt es, die Taubenzahl auf eine überschaubare Anzahl zu reduzieren.“

In dem sehr erfolgreichen Model des Barmer Taubenhauses konnten auf diese Art bereits einige Tausend Taubeneier entnommen werden.

Da die Tauben gleichzeitig auch mit artgerechtem Futter versorgt werden, irren die Vögel nicht suchend herum. Der Vogelkot ist unbelastet und unproblematisch zu entsorgen.

Für weitere Stadtbezirke werden noch geeignete Standort gesucht.

Die ursprüngliche Idee der Jungen Liberalen Wuppertal ist mittlerweile partei- und fraktionsübergreifend anerkannt und überaus erfolgreich.

Fotos: © Manfred Todtenhausen

ELEKTROMOBILITÄT - FDP ALS SCHRITTMACHER

Vor einem Jahr hat die FDP-Fraktion einen Antrag zur Förderung der Elektromobilität in Wuppertal auf den Weg gebracht. Der Antrag fand im Umweltausschuss eine breite Zustimmung. Das Thema stand auf der Tagesordnung der letzten Ratssitzung. „Es freut uns sehr, dass wir einen Ratsbeschluss erreichen, der die Elektrifizierung des Verkehrs in Wuppertal voranbringt. Wir sehen darin die große Chance, die hohe Luftbelastung im Tal durch eine zukunftsweisende Technik anstatt

mit Verboten zu mindern“, so Hartmut Stiller, umweltpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion.

Dazu sollen öffentliche Lade- stationen in exponierten Lagen in allen Stadtbezirken angelegt werden. Den Anfang soll eine Station am Rathaus in Barmen und eine in zentraler Lage in Elberfeld machen. Stiller: „Wir freuen uns, wenn die Wuppertaler Stadtwerke als kommunales Unternehmen hier kurzfristig initiativ würden.“ Des weiteren sollen Elektrofahrzeuge im

gesamten öffentlichen Raum kostenlos parken dürfen. Durch diesen Anreiz könnte die Zahl der Elektrofahrzeuge – bisher gibt es lediglich 20 solcher Fahrzeuge in Wuppertal – erhöht werden.



Eine Ladestation in Düsseldorf. So könnte es auch bald in Wuppertal aussehen.

Foto: © Thomas Uebrick

WER HAT AN DER UHR GEDREHT?

Heißt es in dem berühmten Lied des Rosaroten Panthers. In Wuppertal müsste die Frage jedoch anders lauten - Wer dreht endlich an der Uhr!? Bei der Angleichung der Sommerferienzeiten scheint es beim politischen Mitbewerbern und der Verwaltung am Interesse zu mangeln. Die FDP wendet sich daher jetzt an die Elternvertreter in den Einrichtungen.

Berufstätige Eltern schulpflichtiger Kinder kennen die Sorge um die Betreuung in den Ferienzeiten: Herbstferien, Osterferien, Weihnachtsferien und sechs Wochen Sommerferien. Diese vielen Ferientage übersteigen den Jahresurlaub berufstätiger Eltern bei weitem.

Mit der Einführung des offenen Ganztags an den Grundschulen sollte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert werden.

So bieten die Betreuungsvereine auch in den Sommerferien eine 3 wöchige Ganztagsbetreuung der Schulkinder an.

Doch berufstätige Eltern, die nicht nur ein Kind in einer offenen

Ganztagsgrundschule, sondern auch noch ein Kind in einer Kita haben, merken von dieser Erleichterung wenig. Wenn sie Pech haben, hat ein Kind die ersten drei Wochen in den Sommerferien frei, das Geschwisterkind in den letzten drei Wochen. Das gleiche gilt für Eltern, deren Kinder verschiedene Kitas oder verschiedene Schulen besuchen.

Dabei wäre es so einfach, die Ferienzeiten in den Kitas und in der offenen Ganztagsgrundschule anzugleichen. Genau dies haben wir vor einem Jahr im Schulausschuss und im Jugendhilfeausschuss beantragt. Geschehen ist bis heute nichts.

Sowohl die Kindertageseinrichtungen, als auch die Be-

treuungsvereine des offenen Ganztags wollen, so die Verwaltung, an der bisherigen Regelung festhalten und verweisen auf die Wünsche der Eltern in den einzelnen Einrichtungen.

„Die Wünsche der Eltern bezüglich der Ferienzeiten werden in den Einrichtungen aber gar nicht konkret erfragt“, wissen unsere jugend- und schulpolitischen Sprecherinnen Susanne Wywiol und Karin van der Most aus eigener Erfahrung.

Deshalb wollen wir die Elternvertretungen in den Kindertageseinrichtungen und in den Schulen anschreiben, um das Thema von dieser Seite aus neu zu beleben.

In den Ferien müssen Eltern ihre Kinder selbst betreuen, da die Einrichtungen geschlossen haben. Für berufstätige Eltern stellen nicht nur die sechswöchigen Sommerferien eine Herausforderung dar - denn wer hat schon so viel Jahresurlaub?



34 x Ströer = 0 Politik

Die meisten Plakatwände kennt man, zumindest sind diese fester Bestandteil des Wuppertaler Stadtbildes. Doch nun sollen 34 neue errichtet werden und kein politisches Gremium hat darüber entschieden. Ob es sich wirklich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt, hat die FDP-Fraktion mittels einer Großen Anfrage klären lassen.

Mit Verwunderung hat die FDP-Fraktion Anfang März einen Pressebericht zur Kenntnis genommen, wonach die Stadt der Firma Ströer 34 neue Werbeanlagen im Stadtgebiet genehmigt habe.

„Eigentlich“, so Alexander Schmidt, stellvertretender Fraktionschef und Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss, „hätten die Bezirksvertretungen in straßengestalterischer Hinsicht ein Recht auf Anhörung bei der Genehmigung dieser Werbeflächen.“

Denn bei diesen Werbeanlagen handelt es sich um Premium Billboards der Firma Ströer mit einer Größe von circa 9 Quadratmeter. Diese neuen verglasten und beleuchteten Werbeflächen beeinflussen das Straßen- und Ortsbild in unserer Stadt erheblich.“

Schon in der Vergangenheit hatte die Verwaltung den Fehler begangen, Werbetafeln ohne Anhörung der Politik zu genehmigen.

Da diese dann teilweise sogar verkehrsfährdend aufgestellt

waren, musste die Beteiligung der politischen Gremien nachgeholt und Teile der Werbetafeln wieder abgebaut werden.

Die FDP-Fraktion will deshalb in einer Anfrage an die Stadtverwaltung klären, ob, wann und in welchen Bezirksvertretungen die neuen Werbeanlagen vorgestellt wurden, wie die jeweiligen Bezirksvertretungen sich dazu geäußert haben und ob, wann und in welchen Ausschüssen des Rates die Baugenehmigungen beschlossen wurden.

Die Verwaltung kommt für uns Liberale in Ihrer Antwort zu dem Schluss, dass es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handle, bei dem man die Politik nicht befragen müsse.

Es heißt weiter: „Nach der gültigen Schnittstellenvereinbarung zwischen der Verwaltung und den politischen Gremien sind Bauanträge für Werbeanlagen, die die Größe einer Werbetafel überschreiten den Bezirksvertretungen zur Kenntnis zu geben. Dies ist nach Recherchen von (Geschäftsbetrieb) 105 auch in allen angesprochenen

Fällen so geschehen. Falls dies fälschlicherweise in Einzelfällen nicht geschehen sein sollte, muss das durch den Umstellungsprozess auf die neue Software ProBauG (Kommunales Fachverfahren) Anfang vergangenen Jahres und die damit verbundene Datenübertragung aus dem alten System erklärt werden“.

Für die FDP-Fraktion stellt diese lapidare Antwort vor die Frage, unter welchen Aspekten denn die Baugenehmigungen erteilt wurden und ob dabei vordergründig die stadtgestalterischen Aspekte oder doch eher die wirtschaftlichen Einnahmen für die Stadt eine Rolle spielten? Hierauf gibt die Verwaltungsdrucksache nämlich keine Antwort.

„Es ist schon verwunderlich“, so Schmidt abschließend, „dass wir über diese Bauanträge keine reifliche Information erhalten haben, wo uns als Mitglieder im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen sonst jeder eingereichte Bauantrag in einer Übersicht angezeigt wird.“

Welche Aspekte spielten bei der Erteilung der Baugenehmigungen für die 34 neuen Werbeanlagen eigentlich eine Rolle?



FDP steht an der Seite der Kommunen

Marcel Hafke aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen

Mit 76 Änderungsanträgen zum Haushalt 2011 hat die FDP-Landtagsfraktion deutlich gemacht, dass mit Sparwillen ein verfassungskonformer Haushalt möglich ist.

Die Verschuldungspolitik der rot-grünen Landesregierung geht zu Lasten der kommenden Generationen.

Fotos: © Marcel Hafke

Die Verschuldungspolitik der rot-grünen Landesregierung geht zu Lasten der kommenden Generationen. Teure Wahlgeschenke kann sich das Land deshalb nicht leisten. Aus Sicht des Wuppertaler Landtagsabgeordneten Marcel Hafke heißt das aber umgekehrt: Für Notwendiges müssen Mittel bereitgestellt werden. Er hatte deshalb bereits zu Beginn der Legislaturperiode für kommunale Finanzhilfen geworben.

Angesichts der katastrophalen Lage der hochverschuldeten Städte wie Wuppertal trägt die FDP-Landtagsfraktion die von der Landesregierung vorgesehenen Finanzhilfen von 650 Millionen Euro mit. Allerdings kritisiert die FDP, dass ein Großteil der Finanzhilfen von Rot-Grün über das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) verteilt werde. „Niemand hat etwas davon, wenn 300 der 650 Millionen Euro mit der ‚Gießkanne‘ ausgeschüttet werden. Die ohnehin knappen Ressourcen hätten von vornherein aus dem

GFG herausgelöst und gezielt eingesetzt werden müssen“, meint Hafke.

Die Finanzhilfen sind für Marcel Hafke ein wichtiger erster Schritt zu einer neuen kommunalfreundlichen Politik. Gleichzeitig mahnt er, die Belange der Kommunen bei allen politischen Vorhaben stärker zu berücksichtigen: „Die Zeiten, in denen Maßnahmen von Land und Bund finanziell von den Kommunen ausgebadet werden mussten, müssen nun wirklich vorbei sein. Städte wie Wuppertal brauchen endlich wieder eigenen Handlungsspielraum.“





In Wuppertal ist alles anders - auch in Gesundheitsfragen!

von Oliver Steidle

Der Rat beruft die Kommunale Gesundheitskonferenz (KGK) von Vertretern und Vertreterinnen der an der Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung der Bevölkerung Beteiligten, der Gesundheitsausschussmitglieder, der Selbsthilfegruppen und der Einrichtungen für Gesundheitsvorsorge und Patientenschutz ein. Aufgabe der KGK ist es gemeinsam interessierende Fragen der gesundheitlichen Versorgung auf örtlicher Ebene mit dem Ziel der Koordinierung zu beraten. Hierbei gibt die Konferenz bei Bedarf Empfehlungen an die Akteure ab, wobei die Umsetzung unter Selbstverpflichtung der Beteiligten erfolgt. Abschließend wirkt die KGK an der Gesundheitsberichterstattung mit. Dieser Gesundheitsbericht wird mit der entsprechenden Stellungnahme an den Rat gegeben.

Die Gesundheitskonferenz initiiert Projekte die sich beispielsweise um die Gesundheit von zugewanderten Menschen bemühen. Das bundesweite Projekt „MiMi – Mit Migranten für Migranten“ konnte durch Gewinnung und Schulung von Gesundheitsmediatoren, Migrantinnen und Migranten über unser Gesundheitssystem und wichtige Themen wie Prävention und

Übergewicht, auf Ihrer jeweiligen Muttersprache, informieren.

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels entwickelte die Arbeitsgruppe „Gesund älter werden“ Handlungsempfehlungen zur Gesundheitsförderung und Prävention im Alter. Hier konnte ein hoher Bedarf an niedrig schwelligen Bewegungsangeboten in der Bevölkerung festgestellt werden. Durch die Einrichtung von „Spaziergangspaten“ konnten sozial benachteiligte und schwer motivierbare Bevölkerungsgruppen erreicht werden.

Ebenso wurde sich auf der Gesundheitskonferenz mit dem Thema „Prävention von Übergewicht“ beschäftigt. Nach den Einschulungsuntersuchungen konnte festgestellt werden, dass viele Kinder übergewichtig sind. Aus diesen Ergebnissen konnten unterschiedlichste Bewegungsangebote für Kinder entwickelt werden.

Die hier beschriebenen Projekte sind bei weitem nicht alle Projekte die auf Gesundheitskonferenzen ins Leben gerufen wurden.

Bedauerlicherweise gilt auch bei diesem Thema der viel gehörte

Wuppertaler Ausspruch: „In Wuppertal ist alles anders!“

In Wuppertal gibt es keine lebendige Gesundheitskonferenz, geschweige denn einen Gesundheitsbericht. Die Initiatoren der Kommunalen Gesundheitskonferenz sind nicht in der Lage eine aktualisierte Teilnehmerliste vorzuhalten. Auf der Teilnehmerliste sind Personen aufgeführt, die verstorben sind und es waren nicht alle Gesundheitsausschussmitglieder aufgeführt. Auf persönliche Nachfrage wurde die Verantwortung auf andere Ressorts abgeschoben.

In vielen umliegenden Städten wird das Thema Gesundheit ernst genommen. Da es für die FDP ein existenziell wichtiges Thema ist und die FDP einen wirklichen Nutzen in der kommunalen Gesundheitskonferenz sieht, haben wir eine Anfrage zum Thema Gesundheitskonferenz gestellt.

Mit dieser wollen wir erreichen, dass dieses Thema seitens des Gesundheitsamtes ernst genommen wird. Nicht nur aus ökonomischen Gründen ist eine gute Vernetzung in der Gesundheitswirtschaft wichtig, vor allem aus Gründen der besseren Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Hierfür setzt sich die FDP-Ratsfraktion im Rat der Stadt Wuppertal nachhaltig ein.

Das Thema kommunale Gesundheitskonferenz hat in Wuppertal eher eine stiefmütterliche Bedeutung. Für die FDP spielt das Thema Gesundheit eine gewichtige Rolle. Deshalb wollen wir mit unsere Anfrage auch erreichen, dass es seitens des Gesundheitsamtes entsprechend ernst genommen wird.



KÖNNEN DIE BÜRGER MIT GELD UMGEHEN?

„Wie kann und will man die Bürger in die Haushaltsberatungen mit einbeziehen?“

Diese Frage ist im Rat äußerst kontrovers zwischen Großer Koalition und Kämmerer einerseits und den Oppositionsfraktionen andererseits debattiert worden.

FDP und Grüne haben sich zum wiederholten Mal dafür ausgesprochen, die Bürgerinnen und Bürger durch das Instrument eines „Bürgerhaushaltes“ an der Aufstellung des städtischen Haushaltes zu beteiligen.

Es sein ein Anliegen der FDP, so Fraktionschef Jörn Suika in der Ratsdebatte, die Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung der Stadt in möglichst vielen Bereichen zu beteiligen – dazu gehöre auch der Bürgerhaushalt.

Zum einen erhoffe sich die FDP auch in finanziell schwierigen Zeiten, dass die Bürgerinnen und Bürger die Sparvorschläge der

Verwaltung bewerten, kommentieren, eigene Vorschläge unterbreiten und Schwerpunktsetzungen vornehmen.

Das Beispiel der Schwimmbäder zeige, in welchem hohem Maße dann auch Bürger bereit seien, sich persönlich einzubringen, um negative Maßnahmen abzuwenden.

Zum anderen verlange der Bürgerhaushalt Verwaltung und Politik eine deutlich größere Transparenz in der Darstellung des Haushaltes ab, als das bisher der Fall sei.

Daher könne dadurch auch das Verständnis für Kommunalpolitik gefördert werden.

Der Kämmerer und die Große Koalition konnten sich jedoch lediglich dazu durchringen, im Rahmen von Veranstaltungen der Bezirksvertretungen und der

Bürgervereine den Haushalt zu erläutern.

Dem Kämmerer war eine Beteiligung von einigen Prozent der Bürger mit konkreten Vorschlägen, wie sie sich z.B. in Solingen oder Köln ergeben haben, zu gering, um dafür eigene Anstrengungen zu unternehmen.

Unserer Ansicht nach wird dabei leider übersehen, dass eine Beteiligung von nur 2 Prozent der Wahlberechtigten rund 5.000 Bürgern entspricht, die konkrete Vorschläge unterbreiten, und sicher weit mehr die Informationen zwar aufnehmen, sich aber nicht zwingend mit eigenen Vorschlägen einbringen.

Bei der Aufstellung des nächsten Haushaltes in zwei Jahren wird das Thema sicherlich wieder auf der Tagesordnung stehen!

Die FDP hat sich immer wieder für eine verstärkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ausgesprochen.

KINDERLÄRM IST ZUKUNFTSMUSIK

Endlich muss Kinderlärm toleriert werden und darf nicht mehr mit Industrieemissionen gleichgesetzt werden.

Künftig muss Kinderlärm, der zum Beispiel von Kindertageseinrichtungen, Kinderspielplätzen und ähnlichen Einrichtungen ausgeht, von den Anwohnern toleriert werden. Der Klageweg soll praktisch ausgeschaltet werden. Dies wird heute im Bundestag von FDP und Union beschlossen.

„Im nächsten Schritt soll auch für Jugendliche etwas unternommen werden, damit auch hier der Umgang mit Lärm von Jugendeinrichtungen wie Bolzplätzen, Skate- und Basketballanlagen großzügiger wird“, fordert Jörn Suika, Fraktionsvorsitzender der FDP in Wuppertal.

„Immer wieder führt die Nutzung von diesen Sportplätzen auch in Wuppertal zu Konflikten zwischen den Anwohnern und den Jugendlichen“, so Jörn Suika. „In der Regel

führt dies dazu, dass die Nutzung der Sportstätten stark eingeschränkt wird. Das wollen wir durch verbindliche, aber weniger strenge Lärmgrenzwerte und Öffnungszeiten ändern. Ein aktuelles Beispiel ist die laufende Klage gegen den Bolzplatz an der Schönebecker Straße.“

Während organisierter Sport, der in Sportanlagen stattfindet, nach der Sportanlagenlärmschutzverordnung bewertet wird, ist die Bewertung von Bolzplätzen, Skate- und Basketballanlagen hinsichtlich des Lärms, der im Rahmen der sportlichen Betätigung von Jugendlichen ab 14 Jahren ausgeht, unklar.

Die Koalitionsfraktionen von FDP und Union haben die Bundesregierung jetzt aufgefordert, großzügigere Lärmrichtwerte für

Freizeitanlagen, die bei Jugendlichen beliebt sind, zu erlassen.

„Damit würde endlich Rechtssicherheit für Städte und Anwohner geschaffen und Jugendliche würden nicht länger an den Stadtrand verdrängt, wenn sie ihre Freizeit- und Sportaktivitäten ausüben wollen,“ so Suika.

Für Freizeitanlagen für Jugendliche sollen nach dem Willen der Koalitionsfraktionen von FDP und UNION zukünftig großzügigere Lärmrichtwerten gelten.

Bild: © FDP Bundesverband



Zukunftsmusik

WERDEN UNSERE KITAS AUF GIFTSTOFFE UNTERSUCHT?

Die FDP-Fraktion sorgt sich um die Gesundheit von Kindern durch gefährliche Weichmacher in Kindertagesstätten und fragt beim Gesundheitsamt an, ob die Kindertageseinrichtungen in Wuppertal auf diese und andere Giftstoffe hin untersucht werden.

Hintergrund ist eine gerade veröffentlichte Studie durch den Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), in der eine extrem hohe Konzentration an giftigen Kunststoffweichmachern in deutschen Kitas nachgewiesen wurde. In den

untersuchten Kitas – deutschlandweit wurden Proben aus 60 Kitas untersucht – sei die Belastung mit Weichmachern, sogenannten Phthalaten, im Schnitt dreimal höher als in einem Durchschnittshaushalt.

Für die FDP-Fraktion sind diese Ergebnisse alarmierend. „Wir hoffen, dass unsere Kitas regelmäßig untersucht werden und dort keine Gefahren für die Gesundheit der Kinder drohen,“ erklärt Eva Schroeder, sozial- und gesundheits-

politische Sprecherin der Fraktion. „In Spielzeug“, so Schroeder, „sind die gefährlichen Weichmacher verboten. In Fußböden, Tischdecken, Turnmatten, Möbelpolstern etc. ist der Einsatz von Weichmachern aber möglich.“

Und genau hier liegt das Problem, weil in den Kitas viele Einrichtungsgegenstände häufig aus Kunststoff sind. So werden die Kinder ohne Not und ohne Wissen einer großen gesundheitlichen Gefahr ausgesetzt.“

Kinder werden ohne Not und ohne Wissen einer großen gesundheitlichen Gefahr ausgesetzt, weil sich gefährliche Weichmacher häufig in Fußböden, Tischdecken, Turnmatten und Möbelpolstern befinden.



Termine

Gesamtfraktion

11.07.2011, 18.30 - 20.30 Uhr,
II. + III. Sitzungszimmer, Rathaus
Vorbereitung der Ratssitzung

Ratssitzungen

18.07.2011, 16.00 Uhr, Ratssaal,
Rathaus

Arbeitskreise

Während der Sommerpause finden keine
Arbeitskreissitzungen statt.

Die Fraktion lädt Sie herzlich ein, am
Sommerprogramm des FDP-
Kreisverbandes Wuppertal
teilzunehmen.

Die Termine mit genauen Details zu den
Veranstaltungen gehen Ihnen in der
nächsten Zeit mit gesonderter Post zu.
Anmeldungen sind teilweise
ausdrücklich erwünscht.
Anbei finden Sie eine kurze
Terminübersicht.

Die Fraktion wünscht Ihnen einen
angenehmen und erholsamen Sommer!

Liberaler Sommer

28.07.2011, 15.00 Uhr,
Krematorium, Besichtigung
Informationen: [http://www.bergisches-
krematorium.de](http://www.bergisches-krematorium.de)

09.08.2011, N.N.
Liberaler Club

20.08.2011, 14.00 Uhr,
Zoo Wuppertal, inkl. Führung

27.08.2011, 12.00 Uhr,
ehem. Regierungsbunker, Führung
Informationen: <http://www.rebu.de>

03.09.2011, N.N.
Liberales Sommerfest

Kontakt

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Rathaus (Barmen), Zimmer 150
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal
Tel 0202 / 563 62 72
Fax 0202 / 563 85 73
E-Mail fraktion@fdp-wuppertal.de
Internet www.fdp-wuppertal.de

Sie erreichen unsere
Geschäftsstelle:

Mo - Do: 9.30 Uhr bis 16.30 Uhr
Fr: 9.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Fraktionsmitarbeiter

Tobias Wierzba, Dipl. Jur.
Fraktionsgeschäftsführer

Karin van der Most, Dipl. Soz.
Fraktionsgeschäftsführerin

Andrea Sperling
Sekretariat